

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, und einheitlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. unter Bezugnahme auf Deutschlands und Österreich-Ungarns M. 5.00. Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftsstadt von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die Geplante Zeitung mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 109.

Dresden, Sonnabend den 13. Mai 1916.

27. Jahrg.

Delbrück's Abschied.

Die noch vor wenigen Tagen bestrittene Meldung von dem bevorstehenden Austritt des Staatssekretärs Dr. Delbrück ist nun doch schnell zur Wahrheit geworden. Es wird amtlich gemeldet:

Berlin, 12. Mai. Wie wir hören, hat sich der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück wegen seines Gesundheitszustandes geneigt, einen Abschiedsgesuch einzurichten. Der Minister leidet an Kurzuständen, als der Folge einer leichten Asturkrankeit, und bedarf nach ärztlichem Rat einer längeren Ruhe. Neben die Person des Nachfolgers ist mit Rücksicht auf die zu bewältigenden Organisationsfragen eine Entscheidung erst in einiger Zeit zu erwarten.

Es handelt sich in der Tat nicht um eine politische Erkrankung Delbrücks. Seit Monaten hat sich sein Gesundheitszustand verschlechtert. Er ist der außerordentlichen Arbeitslast, die ihm das sonst schon so arbeitsame Reichsamt des Innern im Kriege auferlegte, kaum noch gewachsen gewesen. Er hoffte durch eine längere Erholungspause seine Gesundheit wieder genügend festigen zu können. Dies hat sich aber als unerreichbar erwiesen.

Dr. Delbrück ist in der weiteren Leitungsfähigkeit zuerst bekannt geworden durch seine Tätigkeit als Oberbürgermeister in Danzig, welche Stellung er von 1896 bis 1902 bekleidete. Er wurde dann Oberpräsident der Provinz Westpreußen. 1905 wurde er preußischer Minister für Handel und Gewerbe. Als im Juli 1909 Fürst Bülow aus dem Reichskanzleramt schied und Bethmann-Hollweg an seine Stelle trat, wurde Delbrück zum Staatssekretär des Innern berufen.

Das Reichsamt des Innern ist wie bekannt das umfassende aller Reichsämter. Delbrück hat mit großem Eifer auf vielen Gebieten dieses Amtes gearbeitet. Seine politische Richtung war vor dem Kriege als gemäßigt konservativ-nationalliberal zu bezeichnen, wobei er es aber an Verlusten nicht fehlen ließ, auch anderen politischen Richtungen entgegenzutreten. Im Kriege hat er neben vielen anderen die Ernährungsfrage zu behandeln gehabt. Wenn er auch nach unserer Auffassung nur allzu sehr den agrarisch beeinflussten Stimmen Gehör schenkte, so ist doch anzuerkennen, daß er sich mit großer persönlicher Aufopferung der überaus schweren Aufgabe gewidmet hat. Es ist oft gescheitert an den ungeheuren Schwierigkeiten, die in diesen Fragen vorhanden sind. Eine nähere Würdigung seines Wirkens muß für andere Gelegenheit vorbehalten bleiben.

Als Nachfolger Delbrücks wird u. a. Graf v. Roederer, jetzt Staatssekretär für Wach-Lothringen, genannt. Ferner werden genannt der rheinische Oberpräsident v. Rheinbaben, der Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Freiherr v. Stein, der Reichsbaudirektor Dr. Helfferich. Auch dessen Nachfolger will man ihnen wissen. Es sei der Unterstaatssekretär im preußischen Handelsministerium Göppert, der früher Vorsitzender gewesen ist.

Innerhalb des Reichsamt des Innern soll, wie mitgeteilt wird, eine besondere Abteilung für die Lebensmittelversorgung gebildet werden. An ihre Spitze soll ein Verwaltungsbemesser treten. In Betracht kommt dafür der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Graf v. Patocki. Gleichzeitig soll in dieses Lebensmittelamt auch ein General treten, der sich schon in der militärischen Lebensmittelversorgung betätigt hat. Er soll mit besonderen Vollmachten ausgestattet werden.

Einigungsverhandlungen in der Steuerfrage.

* Nachdem die Ausschüsse des Reichstag sammliche ihnen überreichten Steuervorlagen in erster Lesung durchberaten haben, finden nunmehr zwischen den Fraktionen Verhandlungen statt, wie aus den vorliegenden vorläufigen Beschlüssen ein endgültiges Steuergesetz gewonnen werden soll. Die Übersicht über die gefassten Beschlüsse zeigt, daß die beiden Ausschüsse — Haushaltsausschuk, der die direkten Steuern und Steuerausschuk, der die Verkehrs- und Verbrauchssteuern durchberaten hat — insgesamt erheblich höhere Steuerrate vertraglich herausgebracht haben, als die Regierung gefordert hatte. Ganz sind genauere Schätzungen der Erträge, die aus verschiedenen der beschlossenen Steuern zu erwarten sind, nicht möglich. Sicher ist aber, daß die Verhöhung der Kriegsgewinnsteuer und der Wehrbeitrag ein hoher ergeben müßten, das größere ist als das Weniger, das durch das Rollenlassen der Zigarettenbelastung entsteht. Dazu kommt, daß die Warenumsatzsteuer voraussichtlich weit höhere Einnahmen bringen würde als der von der Regierung in Vorschlag gebrachte Quittungsstempel. Die Abstriche aber, die der Steuerausschuk bei der Postgebührentreibung und dem Frachttstempel gemacht hat, würden nicht sehr ins Gewicht fallen.

Was soll nun werden? Was soll aus der vorhandenen Fülle wieder ausgeschieden werden? Wie soll es im besonderen mit der Zigarettensteuer werden, die in der Gestalt des Wehrbeitrags vom Haushaltsausschuk in erster Lesung in das Kriegsgewinnsteuergesetz hineingearbeitet ist?

Die Einigungsverhandlungen zwischen den Fraktionen sind offenbar sehr schwierig. Einige Fraktionen haben den Wunsch,

Vergebliche Angriffe der Franzosen, Russen und Italiener.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 13. Mai 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

zwischen Argonne und Maas fanden an einzelnen Stellen heftige Handgranatenkämpfe statt. Versuche des Feindes, in den Wäldern von Avocourt und Malancourt Boden zu gewinnen, wurden vereitelt.

Ein feindlicher Raidangriff südwestlich des Toten Mannes erforderte in unserem Infanteriefeuer.

Auf dem östlichen Maasufer erlitten die Franzosen bei einem mißglückten Angriffe am Steinbruch westlich des Albain-Waldes beträchtliche Verluste.

Ein deutscher Kampfflieger schoß über dem Walde von Bourguignon (südwestlich von Laon) einen feindlichen Doppeldecker ab. Südlich von Armentières wurde durch unser Artilleriefeuer am 11. Mai ein englisches Flugzeug zum Absturz gebracht und vernichtet.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Nördlich des Bahnhofes Selburg wurde ein russischer

Angriffserfolg gegen die fürzlich genommenen Gräben durch unser Artilleriefeuer im Neime erstickt. Mehr als 100 Russen wurden gefangen genommen.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Österreichisch-ungarischer Kriegsbericht:

Wien, 13. Mai. Amtlich wird verlautbart:

Mährischer und südböhmisches Kriegsschauplatz:
Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Am Nordufer des San Michele wichen unsere Truppen mehrere Angriffe ab. Die Italiener erlitten schwere Verluste. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:

v. Höfer, Feldmarschall-Leutnant.

wenn möglich eine Gestaltung der Steuern zustande zu bringen, der der ganze Reichstag oder doch fast der ganze Reichstag zustimmen könnte. Man möchte wohl auch die sozialdemokratische Fraktion, die bisher an Verhandlungen nicht beteiligt war, zur Teilnahme an der Einigung gewinnen. Dies ist aber bei dem Widerstand unserer Fraktion gegen Belastung von Verkehr und Verbrauch ebenso schwierig wie anderseits die Einbegliederung der Konservativen bei ihrem Widerstand gegen eine Besteuerung!

Dazu kommen die großen Fragezeichen, die noch hinter der Warenumsatzsteuer und der Tabakabgabe stehen. Die Warenumsatzsteuer läuft je länger um so mehr in den Kreisen der Industrie und des Handels auf Widerstand, und auf zwangsweise berechtigten Widerstand. Die Fortschrittkräfte haben diese Steuer in erster Lesung mit den Sozialdemokraten abgelehnt. Es ist kaum angunstig, daß sie sich zu einem Unfall in dieser Sache hergeben könnten. Diese Steuer müßte also aus der Einführung abgeschieden werden. Sehr zweifelhaft steht es aber auch mit der Tabakabgabe. Der Entwurf, wie er sich im Ausdruck in der ersten Lesung gestaltet hat, ist eine unmöglichkeit. Danach würde die Zigarette von der steuerlichen Mehrbelastung verschont bleiben, aber die Zigarette um so viel härter getroffen werden.

Schon die Regierungsvorlage wollte die Zigarette durch den besonderen hohen Kriegsaufschlag weit schärfer heranziehen als den Zigarren- und Pfeifentabak. Der Beschluss des Ausschusses legt die ganze neue Last einseitig auf die Zigarette. Das

ist ein völlig unerträglicher Beschluß. Das

heißt eine einzelne Gruppe der Tabakindustrie herausgreifen und unverhältnismäßig schroff mißhandeln. Eine solche Steuer würde gerade für unsere Dresden Zigarettenindustrie unabsehbare Schädigungen verhüben. Wir erheben gegen eine solche Ungerechtigkeit den allerentschiedensten Protest! Der südliche Bundesstaat bewußtlosigkeit. Herr v. Sichter, hat im Steuerausschuß nachdrücklich vor dieser Ungerechtigkeit gewarnt. Der Bundesrat müßte unbedingt die ernstesten Bedenken tragen, eine solche

einfellige Belastung der Zigarettenindustrie zu dulden. Aber auch innerhalb der Reichstagsfraktionen wird man bei dem ersten Beschluß des Steuerausschusses nicht leben können.

Die Deutsche Tageszeitung sagt: "Möglich ist, daß man schließlich auf die Tabakabgaben ganz verzichten wird."

Die Industriellen und Arbeiter der Tabakindustrie müssen in jedem Halle sich nochmals kräftig führen, um dieses Ergebnis herbeizuführen und nicht doch durch schlechte und ungerechte Beschlüsse überrunnen zu werden.

Die Einigungsverhandlungen werden schließlich auf die Frage hinauslaufen: Soll im wesentlichen das Programm in Helfferich durchgeführt werden oder soll dem immer mehr zunehmenden Widerstand weiterer Volkskreise gegen neue indirekte Abgaben Rechnung getragen werden? Die Konservativen sind für das Regierungsvorprogramm, die Sozialdemokratie umgekehrt ist der Überzeugung, daß in der jetzigen schweren Zeit weniger denn je Handel und Wandel und Verbraucher mit neuen Lasten belegt werden dürfen. Die Mittelparteien — Zentrum, Nationalliberale, Fortschrittkräfte — sind einige höchstens bezüglich der Postgebühren und des Frachttstempels.

Das Zentrum will den Konservativen weit entgegenkommen, ist für Warenumsatzsteuer und für Tabakabgabe, für diese aber nur, wenn die Fortschrittkräfte mit dabei sind. Das Zentrum will die Verantwortung für diese Steuer nicht allein übernehmen. Was aber die direkte Besteuerung betrifft, so geht man, wie schon gemeldet wurde, darauf aus, an die Stelle des Wehrbeitrags eine einmalige Reichsvermögenssteuer zu setzen. Es ist davon die Rede, daß 1 pro 1000 vom Vermögen erhoben werden soll. Kleine Vermögen bis 6000 M. sollen freibleiben, ebenso Vermögen bis 30000 M., falls das Jahreseinkommen des Steuerpflichtigen nicht über 2000 M. oder über eine ähnliche Grenze hinausgeht. Der

Erlös einer solchen Steuer wird auf etwa 250 Millionen geschätzt. Gegen eine Reichsvermögenssteuer sträuben sich die Konservativen aufs hartnäckigste. Die Deutsche Tageszeitung erklärt soeben wieder: "Die grundständischen Bedenken, die wir gegen die Wiederholung des Wehrbeitrags geäußert haben, sprechen selbstverständlich auch gegen diese einmalige Reichsvermögenssteuer." Umgekehrt würde eine solche Steuer uns Sozialdemokraten und sicherlich der übergroßen Masse des deutschen Volkes sehr sympathisch sein. Nicht nur, weil sie zur Heilung der augenblicklichen Finanznot in gerechterer Art, als die Regierungsvorlage es will, beitragen würde, sondern auch deshalb, weil damit ein neues und gutes Prinzip in die Reichsfinanzgesetzgebung zur Einführung gelangen würde.

Die sozialdemokratische Fraktion wird bei den weiteren Entscheidungen über die neuen Steuervorlagen wie bisher alles aufzubauen, um die Einigung verhandlungen der andern Fraktionen in der Richtung auf direkte Besteuerung und auf Vermeidung der Verkehrs- und Verbrauchsbelastung zu beeinflussen. Beiläufig das Beste wäre es, wenn die andern Fraktionen sich entschließen wollten, nicht nur die Warenumsatzsteuer und die Tabakabgaben fallen zu lassen, sondern auch die Besteuerung des Post-, Telegraphen-, Telefon- und Frachtabfertigungs. Dies würde nicht nur der steuerlichen Gerechtigkeit entsprechen, sondern auch der allgemeinen Lage unseres Volkes im jetzigen furchtbaren Kriege.

Das Strafgericht in Irland.

Amtlich wird gemeldet: James Connolly und John Macdonald, die beiden Untergestalten des Manifests der provisorischen Regierung in Dublin, sind heute morgen vom Strafgericht verurteilt und erschossen worden.

Der Kriegsrat hat die Prozeß gegen die Rebellen in Dublin beendet. Nun kommen die in den Provinzen verhafteten Außenseiter an die Reihe.

Der Oberbefehlshaber in Dublin berichtet, daß er in Anbetracht des Ernstes des Aufstandes es für nötig erachtet, die strengsten Strafen über die bekannten Organisatoren dieses Aufstandes zu verhängen. Es sei zu hoffen, daß diese Maßnahmen als abschreckendes Vorbild dienen würden, und daß es klar wird, daß ein Mord an den Bauten der englischen Regierung eine Verhöhnung der Einheit des Reiches angesehen und nicht geduldet wird.

Die Antwort Aquiths auf eine Frage im Unterhaus zeigt, daß in Dublin der Journalist Steffington standrechtlich erschossen wurde. Aquith erklärt, Steffington sei ohne Vorwissen der militärischen Autoritäten getötet worden. Der Offizier, der die Hinrichtung beauftragt, sei am 6. Mai verhaftet worden und werde vor ein Strafgericht gestellt werden. Ein Abgeordneter fordert vor dem Offizier den Aufschwung als gewöhnlichen Mörder zu überleben, worauf Aquith dem Haufe versichert, daß alles gelan werden würde, was die Gerechtigkeit verlangt.

Das Verfahren gegen Sir Roger Casement.

Wie die Times melden, wird Sir Roger Casement unter der Anklage des Hochverrats vor Gericht gestellt werden. Die vorhergehende Untersuchung findet vor dem Polizeigericht in London statt. Sie beginnt am 13. Mai und wird wahrscheinlich mehrere Tage dauern.

Scharfmacherreden im Oberhause.

Im englischen Oberhause rügte Lord Roxburgh scharfe Angriffe gegen die Regierung. Die Kriegsdekämter hätten die Konservativen der Geheimnisräte der Regierung bewiesen, denen nun über das Parlament zu sehr mit der eigenen Meinung zurückgehalten habe. Er erinnerte an die Expeditionen nach Gallipoli und den Zug nach Mesopotamien. Das sind Welpspiele von Unternehmungen, wuchs England seine Kräfte vergessen, das Ansehen des Landes und